

Entscheidung über Kaichener Biogasanlage am Montag

Niddatal-Kaichen (udo/hed). Über die im Norden des Orts an der Erbstädter Höhe zwischen der Kreisstraße 243 und der Bahnstrecke geplante Biogasanlage beriet am Dienstagabend der Bauausschuss gemeinsam mit dem Haupt- und Finanzausschuss im Bürgerhaus.



Die geplante Biogasanlage soll 400 Meter entfernt von Kaichens Ortsrand schräg gegenüber von der Maschinenhalle und dem Bullenstall errichtet werden. Im Hintergrund ist Erbstadt mit seinen Windrädern zu erkennen. (Foto: udo)

Ein Erschließungsvertrag soll am Montag in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden. Ein Knackpunkt der Debatte war die Beteiligung der Stadt an den Kosten für einen Zufahrtsweg, der später auch für das Feuerwehrgerätehaus genutzt werden soll. Aber auch das Verfahren wurde kritisiert.

Einigen Ausschussmitgliedern missfiel, dass nun nicht mehr die Bürger, sondern nur die Träger öffentlicher Belange ihre Einwände beim Bebauungsplanverfahren einbringen dürfen. Die UDI Bioenergie GmbH, die die Anlage auf dem Gelände der Familie Merz errichten will hatte überraschend beim Regierungspräsidium ein vereinfachtes Bebauungsplanverfahren durchgesetzt. Dabei findet keine Bürgerbeteiligung mehr statt, Einwände können lediglich Behörden, Verbände oder Kommunen äußern. Auf WZ-Anfrage sagte Bürgermeister Dr. Bernhard Hertel, die Stadt sei nicht glücklich mit dieser Wendung, schließlich habe es kritische Einwände von Bürgern gegeben, die im Verfahren hätten erörtert werden können.

Das Projekt steht und fällt daher wohl mit dem Erschließungsvertrag. Stimmt die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am Montag (20 Uhr im Bürgerhaus Assenheim) diesem nicht zu, könnte das Vorhaben scheitern. Bislang habe der Magistrat noch keine Empfehlung abgegeben, sagte Hertel. Stefan Koschorr (SPD) betonte in der Ausschusssitzung, durchaus für eine Biogasnutzung zu sein. Doch würden die Bürger schließlich von den Fragen nach dem Geruch der Anlage, dem erhöhten Verkehrsaufkommen und der exponierten Anlage bewegt: »Werden diese Fragen jetzt nicht mehr berücksichtigt?« Auch Christian Osmalz (SPD) sagte, jetzt bleibe ihm nur die Option, die Interessen der Bürger bei der Abstimmung über die Erschließung zu vertreten. Am Ende einigte sich der Ausschuss auf ein Ja mit Einschränkungen. Der den Politikern vorgelegte Erschließungsvertrag zwischen der Kommune und der Firma sah vor, dass sich die Stadt an den auf 56 000 Euro geschätzten Kosten für die Verbreiterung des Feldwegs im Einmündungsbereich zur Kreisstraße zu zwei Dritteln beteiligen soll. Nach einer Debatte einigte man sich, die Kosten zu deckeln und die Stadt nur zu 50 Prozent zu beteiligen. Rechtsanwalt Marcus Knorr, der für die UDI Rederecht im Ausschuss zugesprochen bekam, versicherte: »Wir wollten Sie nicht linken.« Die öffentlichen Belange würden durchaus von den Behörden vertreten. Das Regierungspräsidium lasse die Schutzvorschriften von den Fachbehörden sorgfältig überprüfen.

Abbiegespur ist doch notwendig

Dieter Eisenberg (Grüne) brachte einen weiteren Aspekt ins Spiel und fragte, ob es Standard sei, eine so schwach befahrene Kreisstraße zusätzlich aufzuweiten. UDI-Geschäftsführer Matthias Kubat erläuterte, man sei lange Zeit davon ausgegangen, dass eine Abbiegespur nicht notwendig sei. Ursprünglich sei nur die Verbesserung des Weges vorgesehen gewesen.

Hans-Joachim Mücke (CDU) leuchtete die finanzielle Beteiligung der Stadt an der Erschließung nicht ein, und Erland Kalbhenn (SPD) sprach die Befürchtung aus, nun könnten auch weitere Anlagen ohne Bürgerbeteiligung entstehen. Eisenberg warnte, wenn die Biogas-Anlage scheitere, müsse die Aufwertung des Feldwegs wegen der notwendigen Zufahrt zum geplanten Gerätehaus der Feuerwehr ohnehin von der Stadt bezahlt werden. Bauamtsmitarbeiterin Dagmar Busch betonte, ohne Biogasanlage sei nur die Feldwegverbesserung für die Feuerwehr notwendig, nicht die Straßenaufweitung.

Auf Anfrage sprach Kubat von 3 Millionen Euro, die von seiner Firma in die Anlage investiert würde. Er sagte, man könne über die Aufteilung der Kosten für die Verbesserung des Feldwegs reden.

